

Bundestagswahl 2025

**13 Forderungen der Greenpeace Jugend
an die zukünftige Bundesregierung**



Bundestagswahl 2025

Für eine gerechte Zukunft braucht es eine grundsätzliche Änderung unserer Wirtschafts- und Lebensweisen. Wir setzen uns für ein System ein, das auf die Einhaltung der planetaren Grenzen sowie umfassende soziale, globale und generationsübergreifende Gerechtigkeit ausgerichtet ist. Klimagerechtigkeit muss dabei im Fokus stehen – und es muss anerkannt werden, dass unser bestehendes Wohlstandssystem auf kolonialen Kontinuitäten aufbaut.* Die Klimakrise kann unserer Auffassung nach nur gelöst werden, wenn wir die bestehenden Machtstrukturen abbauen und alle in die Lösungen miteinbeziehen. Das geht nur in Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften und in klarer Abgrenzung zu Rechtsextremisten. Mehrheiten dürfen niemals durch Rechtsextremisten geschaffen oder in Kauf genommen werden.

Wir appellieren an die zukünftige Bundesregierung, die Perspektive unserer Generation ernst zu nehmen und unsere Anliegen umzusetzen.



Zum Abschluss des Jugendaktionscamps „Klimaun(d)gerechtigkeit“ versammelt sich die Greenpeace Jugend gemeinsam mit anderen Jugendlichen im August 2024 in Erfurt zu einer gemeinsamen Performance unter dem Motto „Demokratie stärken“.

* Selbsteinordnung: Als mehrheitlich weiß und bevorteiligt aufgewachsen, ist uns bewusst, dass wir aus einer Perspektive von privilegierten Menschen eines Industrielands des Globalen Nordens – und somit aus dem kleineren Teil der Weltbevölkerung – denken.

Wir fordern für folgende Bereiche:

Finanzwende

1. Eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Form einer Milliardärssteuer
2. Mehr Investitionen in Klimaschutz und in Sozialleistungen

Energiewende

3. Eine Reduktion des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes
4. Den Ausstieg aus allen fossilen Energien
5. Einen beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien und Stromnetzen, sowie der Wärmewende

Frieden

6. Eine feministische Außenpolitik für nachhaltigen Frieden und Menschenrechte
7. Den Fokus auf Verteidigungsfähigkeit statt auf Kriegstüchtigkeit

Klimagerechtigkeit

8. Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens mit maximal 1,5 Grad Erderwärmung

Landwirtschaft

9. Eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft
10. Eine artgerechte und ökologische Tierhaltung

Mobilität

11. Den Ausbau des öffentlichen Verkehrs als Alternative zum Auto
12. Ein bezahlbares Deutschlandticket
13. Keine neuen Verbrenner ab 2030, Inlandsflüge und Privatjets verbieten

Unsere Forderungen im Detail ►

Finanzwende



Greenpeace Jugend protestiert vor dem Wirtschaftsministerium in Hannover gegen die geplante Gasbohrung vor der Nordseeinsel Borkum.

1.

Eine gerechte Besteuerung von Vermögen in Form einer Milliardensteuer

Superreiche belasten das Klima massiv und zahlen vergleichsweise deutlich weniger Steuern als andere Einkommensgruppen. Das fehlende Geld brauchen wir dringend für den Klimaschutz. Diese große Vermögensungleichheit ist von der Gesellschaft nicht mehr tragbar und ist sozial ungerecht, Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln werden die Kosten für die Anpassung an die Klimakrise zukünftig nicht mehr alleine tragen können. Währenddessen halten die Superreichen ihren Lebensstandard aufrecht und sind weniger betroffen von den Konsequenzen der Klimakrise. Wir fordern daher die gerechte Besteuerung von Vermögen mit einer Milliardensteuer.

2.

Mehr Investitionen in Klimaschutz und in Sozialleistungen

Die Folgen der Klimakrise sind existenzgefährdend und auch in Deutschland bereits in vielen Lebensbereichen spürbar. Im Interesse der Bevölkerung und aller kommenden Generationen fordern wir die Bundesregierung jetzt zum Handeln auf. Geld aus der Milliardensteuer kann sinnvoll eingesetzt werden, indem es in Sozialleistungen, kostenlosen ÖPNV, erneuerbare Energie und politische Bildung fließt. Außerdem fordern wir, dass pflanzliche Lebensmittel von der Mehrwertsteuer ausgenommen werden. Geld muss zudem für soziales Engagement wie Freiwilligendienste, ein verbessertes Sozialsystem – etwa durch ein bedingungsloses Grundeinkommen, Klimageld und den Ausbau des Gesundheitswesens – und Katastrophenschutz zur Verfügung stehen.

Energiewende



Die Greenpeace Jugend protestiert nahe Borkum gegen die geplanten Gasbohrungen in unmittelbarer Nähe zum Unesco-Weltnaturerbe Wattenmeer.

3.

Eine Reduktion des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes

Wir fordern eine allgemeine Reduktion des Energieverbrauchs und des CO₂-Ausstoßes. Ein Anreiz dafür ist der bereits steigende CO₂-Preis. Die Regierung soll die so generierten Einnahmen in Form eines Klimagelds an Haushalte zurückzahlen. Davon profitieren vor allem jene Haushalte mit geringem Einkommen, geringem Energieverbrauch und geringem CO₂-Ausstoß. Da Superreiche tendenziell sowohl einen höheren Energieverbrauch als auch einen höheren CO₂-Ausstoß haben, fordern wir diese Maßnahme für mehr soziale Gerechtigkeit.

4.

Den Ausstieg aus allen fossilen Energien

Der Ausstieg aus fossilen, klimaschädlichen Energien ist notwendig, da diese auf begrenzten Ressourcen basieren und somit langfristig nicht nutzbar sind. Gleichzeitig bedeutet die Nutzung fossiler Energien die gewissenlose Ausbeutung von Mensch und Natur. Wir fordern, aus allen fossilen Energien im Stromsektor bis 2035 und im Wärme- und Verkehrssektor vor 2040 auszusteigen. Die zukünftige Regierung darf keine Rückschritte in diesem Prozess zulassen. Technologien wie Atomkraft, Kernfusion und CCS (Carbon Capture and Storage) sind keine trag- oder zukunftsfähigen Lösungen und dürfen nicht als solche präsentiert werden.

Energiewende

5.

Einen beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien und Stromnetzen, sowie der Wärmewende

Erneuerbare Energien müssen schneller ausgebaut werden, um bis zum Jahr 2030 mindestens 80 Prozent des deutschen Stromverbrauchs darüber zu decken. Dazu braucht es Subventionen vom Staat für Wind- und Sonnenenergie sowie Finanzierungshilfen für private Haushalte, die Photovoltaikanlagen installieren. Für Neubauten und bei Dachsanierungen müssen diese verpflichtend sein. Als zusätzlichen Anreiz und für mehr soziale Gerechtigkeit sollen Haushalte, die in der Nähe von Windanlagen stehen, an deren Gewinn beteiligt werden. Um die Klimaneutralität vor 2040 zu gewährleisten, sind außerdem ein Ausbau der Stromnetze und Investitionen in Speichertechnologien notwendig.

Auch im Bereich der Wärmewende fordern wir mehr Fortschritte. Jeder Neubau sollte zukünftig verpflichtend mit einer Wärmepumpe ausgestattet sein - wenn nötig, mithilfe finanzieller Unterstützung durch den Staat.

Insgesamt fordern wir, dass bis 2035 die Mehrheit aller öffentlichen und privaten Gebäude mit Wärmepumpen, Nah- und Fernwärmeversorgung aus erneuerbaren Energien und Solarthermie ausgestattet sind. Wir halten außerdem für notwendig, Wärme unter anderem aus Quellen wie Abwärme, Gewässern und Abwässern zu gewinnen.

Frieden

Unter dem Motto #FossilfreeforPeace haben Greenpeace Ehrenamtliche 2022 unter Anleitung einer Choreografin ein bewegtes Menschenbild gebildet und sich zum Schriftzug No War, dann zu einem Windrad, zu einer Sonne und abschließend zu einem Peace-Zeichen formiert.

6.

Eine feministische Außenpolitik für nachhaltigen Frieden und Menschenrechte

Um nachhaltigen Frieden anzustreben, müssen die Perspektiven der feministischen Außenpolitik in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik eingebunden werden. Diese Perspektive steht für eine Außen- und Sicherheitspolitik, die sozial, klimagerecht, dekolonial, intersektional, transformativ, ökologisch und geschlechtergerecht ist. Wir fordern daher, dass Deutschland als führendes Industrieland feministische Außenpolitik (FAP) im zukünftigen Koalitionsvertrag ressortübergreifend und verpflichtend verankert. Eine Folge von FAP ist für uns der Ausstieg aus fossilen Energien und die Transformation der Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen, ökologischen und inklusiven Wirtschaft.

7.

Den Fokus auf Verteidigungsfähigkeit statt auf Kriegstüchtigkeit

Bewaffnete Konflikte bringen große Schäden für die Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft mit sich und verletzen Menschenrechte sowie die Natur massiv. Sie müssen grundsätzlich verhindert werden.

Wir fordern darum, den Fokus auf Verteidigungsfähigkeit statt auf Kriegstüchtigkeit zu setzen. Es darf weder eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben noch eine Wiedereinführung der Wehrpflicht geben. Alle Verteidigungsausgaben müssen auf eine eng verstandene Landes- und Bündnisverteidigung reduziert sein, damit finanzielle Mittel nicht in anderen Bereichen, wie Klima und Soziales, fehlen. Insbesondere fordern wir ein Kontrollgesetz für Rüstungsexporte und dass Universitäten weiterhin selbst entscheiden dürfen, ob sie zu militärischen Themen forschen möchten. Für den Rüstungsexport in Drittländer hingegen braucht es ein komplettes Verbot, außer im Falle der Selbstverteidigung (Art. 51 UN Charta).

Klimagerechtigkeit



Mit über 50 Kajaks, Kanus und Schwimmer:innen demonstrieren Jugendliche von Greenpeace gemeinsam mit anderen Organisationen einen Tag vor dem Weltflüchtlingstag 2023 für einen internationalen rechtlichen Rahmen für Menschen, die aus Gründen der Klimakrise fliehen müssen.

8.

Die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens mit maximal 1,5 °C Erderwärmung

Wir fordern, dass sich Deutschland, welches sich als Industrieland dem Pariser Klimaschutzabkommen verpflichtet hat, alles Notwendige dafür tut, die Erderwärmung unter 1,5 °C zu halten. Außerdem muss die deutsche Regierung die Ursachen für Klimaflucht, wie Extremwetterereignisse sowie die konflikt- und klimabegründete Vertreibung von Menschen, verhindern und vermeiden. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Anerkennung der Klimakrise als Fluchtgrund. Stärkere Grenzkontrollen führen nicht zu einer Verringerung der Fluchtmigration, sondern verändern lediglich die Fluchtrouten, welche dadurch noch gefährlicher werden. Generell braucht es vermehrt faktenbasierte Narrative über Zugewanderte und einen Fokus auf Integration im sozialen und wirtschaftlichen Bereich.

Für eine erhöhte Friedensförderung fordern wir für die Debatte um Migration und Klima mehr Solidarität, Empathie und Menschlichkeit ein.

Landwirtschaft



Greenpeace Jugend-Aktivist:innen protestieren bei der "Wir haben es satt!" Demonstration für eine nachhaltigere Landwirtschaft im Januar 2025 in Berlin.

9. Eine nachhaltige und transparente Landwirtschaft

Wir fordern eine Landwirtschaft, die die planetaren Grenzen respektiert. Dies setzt eine stärkere Einschränkung der Nutzung von Pestiziden und den Stopp von Grüner Gentechnik in der Landwirtschaft voraus. Für einen erleichterten Umstieg auf nachhaltige Landwirtschaft sind zudem Anreize für Landwirt:innen notwendig, wie beispielsweise Subventionen auf nachhaltige Anbaumethoden. Außerdem braucht es klare Richtlinien bezüglich der Tierhaltung, wie zum Beispiel eine ambitionierte Düngeverordnung, Nutztierhaltungsverordnung und Pestizidverordnung. Diese garantieren nicht nur die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft, sondern geben Landwirt:innen auch eine Planungssicherheit.

Außerdem braucht es eine stärkere Transparenz in allen Bereichen der Landwirtschaft. Konkret setzen wir uns für eine klare Kennzeichnung von Produkten ein, die nicht klimafreundlich oder tierfreundlich hergestellt sind – auch um Greenwashing zu verhindern. Außerdem fordern wir ein Werbeverbot für tierische Produkte, ein Verbot von irreführender Werbung und eine stärkere Besteuerung von tierischen Lebensmitteln, während pflanzliche Produkte von der Mehrwertsteuer befreit werden sollen. Die Agrarindustrie muss aber auch den ökologischen Schaden, den sie durch die industrielle Tierhaltung und durch die Verschmutzung von Agrarflächen anrichtet, finanziell übernehmen.

Landwirtschaft

10. Eine artgerechte und ökologische Tierhaltung

Wir fordern, dass Tiere nicht länger ausgebeutet, sondern ökologisch und artgerecht gehalten werden. Dafür muss die industrielle Tierhaltung abgeschafft und der massenhafte, ungezielte Einsatz von Antibiotika verboten werden. Die Gesundheit und das Wohlbefinden der Tiere müssen im Vordergrund stehen. Wir fordern, dass Tierhaltungsbetriebe auf alle Vorgaben regelmäßig kontrolliert werden, auch um landwirtschaftlichen Betrieben Sicherheit und Klarheit zu geben. Eine ökologisch verträgliche Tierhaltung unter strenger Einhaltung des Tierschutzes muss Standard in der Landwirtschaft werden.



Mit einer überdimensionalen Waage demonstrieren dreizehn Aktivist:innen der Greenpeace Jugend 2021 vor einer VW-Aufsichtsratssitzung am Stammwerk in Wolfsburg dafür, dem Schutz des Klimas mehr Gewicht zu geben.

11. Den Ausbau des öffentlichen Verkehrs als Alternative zum Auto

Wir fordern den Ausbau einer emissionsarmen und barrierefreien Verkehrsinfrastruktur als Alternative zum Auto. Dazu braucht es einen zuverlässigen und dichter getakteten ÖPNV, vor allem in ländlichen, aber auch in städtischen Regionen. Um die Verlässlichkeit des Fernverkehrs zu erhöhen, sind der Ausbau und die Sanierung des bestehenden Schienennetzes notwendig. Außerdem müssen flächendeckende Radwegnetze gefördert werden.

12. Ein bezahlbares Deutschlandticket

Um dem Ziel von sozialer Gerechtigkeit und klimaverträglicher Mobilität für alle näherzukommen, fordern wir ein kostenloses Deutschlandticket für Kinder und Jugendliche. Für einkommensschwache Haushalte braucht es die Einführung eines Sozialtickets für maximal 19 Euro. Zusätzlich fordern wir ein Deutschlandticket von 29 Euro für Erwachsene.

13. Keine neuen Verbrenner ab 2030, Inlandsflüge und Privatjets verbieten

Wir fordern ein Neu-Zulassungsverbot für Autos mit Verbrennungsmotor ab 2028. Inlandsflüge und die Nutzung von Privatjets müssen umgehend verboten werden. Denn diese Verkehrsmittel emittieren große Mengen an Treibhausgasen, die die Klimakrise vorantreiben, und die eigentlich leicht vermeidbar wären.



Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19-20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **Vi.S.d.P.** Simone Wiepking **Fotos** Titel, S.5, S.12: © Florian Manz / Greenpeace; S.2: © Iona Dutz / Greenpeace; S.4: © Daniel Pilar / Greenpeace; S.7: © Sascha Götttsche / Greenpeace; S.8: © Julius Schrank / Greenpeace; S.9: © Chris Grodotzki / Greenpeace; S.11: © Daniel Müller / Greenpeace;
Stand 02 / 2025 **GP0SU40IQ**